

12. Februar 2016 / Presse 2016-1



**Eltern in Hamburg stimmen mit Füßen gegen die Einheitsschule ab, die
Eltern in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg werden folgen**

Eltern lassen mehr Sachverstand walten als manche Politiker glauben wollen. Das haben die Hamburger Eltern nun bewiesen, indem sie bei den Anmeldungen ihrer Kinder z.B. sowohl dem Angebot der verlängerten Grundschule in Form der "Primarschule" als auch der integrierten weiterführenden Schule in Form der "Stadtteilschule" die kalte Schulter zeigten. Für das kommende Schuljahr wählten sie mehrheitlich für ihre Kinder das Gymnasium. Eltern hoffen, so dem Niveauverlust, der zwangsläufig mit dem "gemeinsamen" Unterricht für alle einhergeht, auszuweichen. Die Politik etabliert in fast allen Bundesländern neben den Gymnasien flächendeckend integrierte Schulformen, von denen Eltern mehrheitlich nichts halten. Eltern wissen, dass die Schulen des "gemeinsamen Lernens" keinem Kind gerecht werden, weil sie den Spagat zwischen niedrigstem und anspruchsvollem Lernniveau in einer Klasse unmöglich meistern können. Eine Schule, die ohne Differenzierung der Bildungsgänge alle Schulabschlüsse anbietet, ist eine Mogelpackung. Und ein Abitur für alle ist KEIN Abitur mehr. Das Gymnasium, dessen Ziel die Vermittlung vertieften Wissens ist und in erster Linie die Vorbereitung auf ein Studium, kann keine „allgemeine Volksschule“ sein. Die Zielsetzungen und Leistungen aller eigenständigen abschlussbezogenen Schularten, z. B. Realschulen, Mittelschulen und auch Förderzentren, sind die Grundlage einer gelingenden individuellen Förderung jedes Kindes. Dabei ist die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten ein Erfolgsgarant für die Bildungsbiographien unserer Kinder und Jugendlichen. Zudem ist unser berufliches duales Bildungswesen weltweit einmalig, das hervorragend ausgebildete Facharbeiter garantiert, wie sogar die OECD kürzlich feststellte.

Ingrid Ritt
Bundesvorsitzende